
Telegramm des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Ladislaus von Szögyény-Marich, an Außenminister Leopold Graf Berchtold ["Blankoscheck"], 6. Juli 1914

Zusammenfassung

Am 6. Juli 1914 stellte der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg es Österreich-Ungarn frei, nach Belieben auf die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand zu reagieren. Wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge, das Habsburgerreich könne mit der Unterstützung Deutschlands rechnen. Dieser "Blankoscheck" war der Auftakt zur Julikrise, in deren Verlauf der österreichisch-serbische Konflikt eskalierte und die Welt in den Krieg stürzte. Bethmann Hollwegs Zusicherung vom 6. Juli 1914 machte den Ausbruch eines großen Krieges nicht unausweichlich, aber doch sehr wahrscheinlich.

Einleitung

Sönke Neitzel vn nn

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 war das Signal zu einer Risikopolitik, zu einem stellenweise dilettantisch vorgetragenen Versuch Deutschlands und Österreich-Ungarns, ihre außenpolitische Lage dauerhaft zu verbessern. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg kalkulierte dabei ganz bewusst den Ausbruch eines großen Krieges mit ein. Objektiv gesehen gab es keinerlei Notwendigkeit für einen Waffengang. Heute wissen wir, dass keine Großmacht im Sommer 1914 wirklich um ihre Existenz bangen musste. Maßgeblich war freilich die subjektive Wahrnehmung der politischen Entscheidungsträger. Und die waren davon überzeugt, auf die militärische Karte setzen zu können, ja zu müssen. Damit war der Kriegsausbruch keine zwangsläufige, aber doch eine sehr wahrscheinliche Folge der damaligen Konstellation.

In Europa wurde der Anschlag auf Franz Ferdinand als terroristischer Akt verurteilt, der Österreich-Ungarn das Recht auf Satisfaktion gab. In Wien war man davon überzeugt, dass Belgrad für den Mord verantwortlich war. In der Tat hatte der Chef des serbischen Geheimdienstes, Dragutin Dimitrijevič-Apis, den Attentätern die Waffen geliefert, und auch der serbische Ministerpräsident, Nikola Pašić, wusste von den Attentatsplänen. Die Warnungen, die er Wien angeblich hatte zukommen lassen, kamen jedoch entweder nicht an oder wurden dort nicht ernst genommen. Dies spielte auch gar keine Rolle mehr. In Wien war bereits vor dem 28. Juni 1914 der Entschluss herangereift, dass das "serbische Problem" wohl nur mit Gewalt gelöst werden könnte. Der ermordete Thronfolger war die Schlüsselfigur für die Erhaltung des Friedens in Österreich-Ungarn gewesen: Erzherzog Franz Ferdinand hatte ursprünglich auf eine offensive Lösung der "Balkanfrage" gedrängt, war im Winter 1912/13 aber zur Erkenntnis gelangt, dass ein Krieg "Wahnsinn" sei, und kämpfte fortan mit aller Kraft für den Frieden. Sein Tod machte den Krieg nun um einiges

wahrscheinlicher.

Entscheidend für das weitere Vorgehen Österreich-Ungarns war die Haltung des mächtigen Bundesgenossen Deutschland. Da ein militärisches Vorgehen gegen Serbien unweigerlich die Gefahr eines Krieges mit Russland heraufbeschwor, musste sich Wien zunächst der Unterstützung Berlins versichern. Der Zweibund zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland hatte bereits 1908/09 seinen defensiven Charakter eingebüßt und seitdem eine zunehmend offensive Ausrichtung bekommen. Einen Automatismus zur Unterstützung außenpolitischer und militärischer Abenteuer gab es indes nicht. So ließ die zurückhaltende Balkanpolitik des Deutschen Reiches durchaus Skepsis angebracht erscheinen, ob es auch einen österreichisch-ungarischen Waffengang gegen Serbien unterstützen würde. Die ersten Kommentare des deutschen Botschafters in Wien, Heinrich von Tschirschky, waren wenig vielversprechend. Der deutsche Publizist Victor Naumann, der gute Verbindungen zum Auswärtigen Amt hatte, deutete hingegen an, dass Deutschland die Donaumonarchie selbst in einem Krieg gegen Serbien zur Seite stehen werde. Eine Klärung der Lage war dringend erforderlich. Außenminister Leopold Graf Berchtold entsandte daher Alexander Graf Hoyos, Legationsrat und Kabinettschef im Außenministerium, nach Berlin. Im Gepäck hatte dieser ein persönliches Schreiben Kaiser Franz Josephs I. an Wilhelm II. und eine Denkschrift des Außenministeriums, die um Unterstützung für ein entschlossenes Vorgehen auf dem Balkan warb. Das Memorandum, das bereits am 24. Juni – also vier Tage vor Sarajevo – von Sektionsrat Franz von Matscheko fertiggestellt worden war, forderte energische Schritte gegen einen von Russland und Frankreich inspirierten neuen Balkan-Bund. Der österreichische Kaiser wurde angesichts des soeben erfolgten Mordes noch deutlicher: "Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein." Weiter forderte er, dass Serbien "als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird".²

Am 5. Juli erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Ladislaus von Szögyény-Marich, von Wilhelm II. – unter Vorbehalt einer Beratung mit dem Reichskanzler – spontan die Zusicherung, dass "Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde"³. Dies bedeutete zunächst noch nicht viel, hatte doch der Erste Balkankrieg 1912/13 gezeigt, dass Wilhelms Eifer wirkungslos verpuffen konnte. Entscheidend war die Meinung des Reichskanzlers. Am 6. Juli gab dann auch Bethmann Hollweg Botschafter Szögyény grünes Licht. Es liege an Österreich-Ungarn, zu beurteilen, was geschehen müsse, um das Verhältnis zu Serbien zu klären. Wien könne "hierbei – wie auch immer [die] Entscheidung ausfallen möge – mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe"⁴. Er betonte weiterhin, dass ein sofortiges Einschreiten Österreich-Ungarns gegen Serbien die beste Lösung sei, zumal die internationale Lage für einen solchen Schritt momentan günstiger scheine als in Zukunft. Dies war der vielzitierte "Blankoscheck", mit dem Berlin den

1 Zitiert nach Carl von Bardolff, Soldat im alten Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben, Jena 1938, S. 177.

2 Franz Joseph I. an Wilhelm II., 2. Juli 1914, in: Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichischen Ministeriums des Äußeren. Ausgewählt von Ludwig Bittner, Alfred Francis Pribam, Heinrich Srbik und Hans Uebersberger, Bd. 8, Wien / Leipzig 1930, S. 251 (Nr. 9984).

3 Szögyény an Berchtold, 5. Juli 1914, in: ebd., S. 306 (Nr. 10058).

4 Szögyény an Berchtold, 6. Juli 1914, in: ebd., S. 319 (Nr. 10076).

auf einen lokalen Krieg fixierten Bündnispartner, den es bislang im entscheidenden Moment stets zu bremsen verstanden hatte, "losließ". Ein Angriff auf Serbien bedeutete mit hoher Wahrscheinlichkeit auch einen militärischen Konflikt mit dem Zarenreich. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden lag somit in Wien und in Sankt Petersburg, während sich Berlin durch den "Blankoscheck" direkter Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt hatte und im weiteren Verlauf der Julikrise erst spät und allzu halbherzig von dieser Haltung abwich. Anstatt selbst zu gestalten und zu lenken, erwartete man fatalistisch die Entscheidung anderer. Dies war ein Abgesang auf die Kunst der Diplomatie.

Warum, so ist zu fragen, trieb Bethmann Hollweg mit dem Blankoscheck die Eskalation so kräftig voran, obwohl er doch seit seinem Amtsantritt 1909 auf Ausgleich und Frieden hingearbeitet hatte? Während der Balkankriege hatte er sich vehement gegen die radikalen Kräfte gestemmt, die einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien unterstützen wollten. Geschickt baute er in dieser Zeit den Draht nach London auf. Noch Ende Mai 1914 hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Gottlieb von Jagow, dem Drängen von Generalstabschef Helmut von Moltke auf einen Präventivkrieg die Stirn geboten. Warum also gab die politische Führung ihre Haltung gerade jetzt auf?

Bethmann Hollweg stand unter dem Einfluss zweier Faktoren, die den Wandel von der friedenssuchenden Politik zur Risikopolitik massiv beförderten: der weit verbreiteten Überzeugung eines unausweichlich bevorstehenden Krieges und der mit Unruhe wahrgenommenen britischen Annäherung an Russland. Ende Mai 1914 waren der Reichsleitung die britisch-russischen Flottengespräche durch eine Indiskretion der russischen Botschaft in London bekannt geworden. Bethmann Hollweg musste erkennen, dass die Hoffnungen, die er auf England gesetzt hatte, offenbar vergebens gewesen waren. Der Draht nach London schien für ein Krisenmanagement nicht mehr tragfähig zu sein, nachdem Großbritannien dabei war, sich militärisch an das Zarenreich zu binden, und offenbar sogar Planungen für eine Landungsoperation in Pommern ausarbeitete. Frankreich und Russland würden in Zukunft durch England nicht mehr zurückgehalten sein. Fatalismus machte sich breit, war nunmehr doch auch der letzte Trumpf gegenüber der Kriegspartei ausgespielt. Deren Credo von der Unvermeidbarkeit eines großen Krieges, den es angesichts der russischen und französischen Aufrüstung besser jetzt als später zu führen gelte, zeigte nun auch beim Reichskanzler Wirkung. Nachdem die russische Wehrvorlage im Juni 1914 die Duma passiert hatte, vermochte er sich den schlüssig klingenden Argumenten eines Moltke nicht mehr zu entziehen. "Die Zukunft gehört Rußland, das wächst und wächst und sich als immer schwererer Alp auf uns legt"⁵, äußerte Bethmann Hollweg am Abend des 7. Juli. Sein Widerstand war gebrochen.

Die Reichsleitung war nun entschlossen, Österreich-Ungarn in der "Abrechnung" mit Serbien bedingungslos zu unterstützen. Der einzig noch verbleibende, halbwegs zuverlässige Bundesgenosse sollte als Machtfaktor stabilisiert, der Zerfall der Donaumonarchie oder deren Abwendung von Berlin verhindert werden. Allen Beteiligten war bewusst, dass der zu erwartende österreichische Angriff auf Serbien zu einem gewaltigen Kontinentalkrieg führen konnte. Doch man war bereit, dieses Risiko einzugehen. Falls Russland eine militärische Aktion Wiens gegen Belgrad, möglicherweise auf Druck Frankreichs, tolerierte, würde dies einen großen Prestigegewinn bedeuten. Österreich-Ungarn würde zur Vormacht auf dem Balkan werden, Russland als Großmacht eine schwere Niederlage erleiden, und der

5 Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, eingel. und hg. v. Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, Eintrag v. 7. Juli 1914, S. 183.

Zweibund könnte hoffen, die Entente mit dem Hebel Serbien "auseinanderzumanövrieren".⁶ Wenn Sankt Petersburg jedoch zum Krieg entschlossen war, dann war es nach Meinung Berlins besser, ihn jetzt zu führen, statt in zwei bis drei Jahren ohnehin einem noch stärkeren Zarenreich gegenüberzutreten zu müssen. Außerdem bot die Lage im Sommer 1914 den Vorteil, dass sich Wien aus dem möglichen großen Konflikt nicht heraushalten konnte und an Deutschlands Seite fechten musste.

Die weitreichenden Zusagen der Reichsleitung vom 5. und 6. Juli 1914 machten den großen Krieg, wenn auch nicht unumgänglich, so doch sehr wahrscheinlich. Mit der bedingungslosen Unterstützung Wiens bürdete sich Berlin ohne Zweifel eine erhebliche Mitschuld am Kriegsausbruch auf. Sicherlich musste Wien nicht erst zum Krieg gedrängt werden. Günther Kronenbitter hat darauf hingewiesen, dass "die Interessen von Wilhelmstraße und Ballhausplatz konvergierten, ohne daß eine der beiden Seiten manipuliert werden mußte". Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass Österreich-Ungarn ohne die Rückendeckung des mächtigen Bündnispartners niemals militärisch gehandelt hätte – aller Kriegsbereitschaft in Wien zum Trotz.

Aus heutiger Sicht mag der Fatalismus, mit dem Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt spätestens für die Zeit nach Abschluss der russischen Aufrüstung 1916/17 den großen Krieg erwarteten, befremdend anmuten. Der Topos vom "unvermeidlichen Krieg" erzeugte schließlich objektiv das, was er subjektiv voraussagte. Resigniert nahm die Reichsleitung an, dass die Dinge nicht mehr kontrollierbar seien. Doch diese Schwarzmalerei war größtenteils hausgemacht und übertrieben. Es gab keinerlei konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Triple-Entente einen Angriffskrieg gegen das Reich plante. In der Tat ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die Entente 1916/17 über das Deutsche Reich hergefallen wäre, zumal sich an dem militärischen Kräfteverhältnis nichts entscheidend verändert hätte. Die deutsche Heeresvorlage von 1913 wäre vollständig umgesetzt worden, während Frankreich die dreijährige Dienstzeit wohl nicht hätte halten können. Wenn die führenden Männer in Berlin und Wien den Frieden hätten bewahren wollen, wäre ihnen dies möglich gewesen, ohne die Integrität des eigenen Staates aufs Spiel zu setzen.

Quellen- und Literaturhinweise

Afflerbach, H., Stevenson, D. (Hg.), *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, Oxford/New York 2007.

Angelow, J., *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900 – 1914*, Berlin 2010.

Angelow, J., *Schritt aus der Zivilisation # Forschungen, Fragestellungen und Neudeutungen zum Kriegsausbruch von 1914*, in: B. Heidenreich, S. Neitzel (Hg.), *Das Kaiserreich 1890 – 1914*, Paderborn 2011.

Canis, K., *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902 – 1914*, Paderborn 2011.

Kronenbitter, G., "Nur los lassen". Österreich Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Josef Burckhardt (Hg.), *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg*, München 1996, S. 159-187.

Meyer-Arndt, L., *Die Julikrise 1914. Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte*, Köln/Weimar 2006.

Mommsen, W. J., *Die Urkatastrophe Deutschlands: Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918*, Stuttgart 2002 (= Gebhardt Handbuch der Geschichte, Bd. 17).

6 Ebd., Eintrag v. 8. Juli 1914, S. 184.

Mombauer, A., 'The First World War: Inevitable, Avoidable, Improbable, or Desirable? Recent Interpretations on War Guilt and the War's Origins', in: *German History*, 25 (2007) 1, S. 78-95.

Mulligan, W., *The Origins of the First World War*, Cambridge 2010.

Neitzel, S., *Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900 – 1914*, Zürich 2002.

#. 1272

Sekretiert.

Telegramm

Graf Szögyény.

ddto. Berlin, am 6. Juli 1914.

#. 239

aufg. 5 U. 10 M. pm.

einget. 8 U p.m.

Chiffre.

Streng geheim.

Zu meinem Telegramme No. 237 von gestern.

Hatte soeben in Begleitung des Grafen Hoyos mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär eine lange Unterredung, die Herr von Bethmann Hollweg mit den Worten einleitete, Kaiser Wilhelm habe ihn beauftragt, vorerst mündlich seinen Höchsten Dank für Allerhöchstes Handschreiben auszusprechen und werde letzteres in einigen Tagen persönlich beantworten.

Auch sei er (Reichskanzler) [Reichskanzler ist] von seinem kaiserlichen Herrn ermächtigt worden, mir Stellungnahme deutscher Regierung zu dem Handschreiben und der Denkschrift wie folgt zu präzisieren:

Deutsche Regierung erkenne die Gefahren, welche sich für Österreich-Ungarn und somit auch für den Dreibund einerseits aus den Balkanbundplänen Russlands ergeben: sie sehe auch ein, dass wir bei dieser Sachlage den formellen Anschluss Bulgariens an den Dreibund herbeiführen wollen, lege aber Wert darauf, dass dies, – wie ja beabsichtigt, – in einer Form geschehe, welche unsere Verpflichtungen gegenüber Rumänien nicht tangiere. Deutscher Gesandter in Sofia wurde daher sofort ermächtigt, falls er von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen dazu aufgefordert werde, mit der bulgarischen Regierung in diesem Sinne zu verhandeln. Gleichzeitig beabsichtigt er (Reichskanzler), Gesandten in Bukarest anzuweisen, ganz offen mit dem König von Rumänien zu reden, ihn von den Verhandlungen in Sofia in Kenntnis zu setzen und ihn zugleich darauf aufmerksam zu machen, dass Höchster eine Fortdauer der gegen uns gerichteten Agitation in Rumänien unterdrücken sollte. Auch werde Herr von Bethmann Hollweg dem König sagen lassen, dass er (Kanzler) uns bisher stets Rat erteilt hätte, uns mit Serbien zu vertragen, dass er aber nach den jüngsten Ereignissen einsehe, dass dies nunmehr nahezu ausgeschlossen sei; dieser Tatsache sollte auch Rumänien Rechnung tragen.

Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, dass wir beurteilen müssten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären; wir könnten hiebei – wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge – mit Sicherheit darauf rechnen, dass Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe.

Im weiteren Verlaufe der Konversation habe ich festgestellt, dass auch Reichskanzler, ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein *sofortiges* Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste Lösung unserer Schwierigkeiten

am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger, als einen späteren; er ist ganz damit einverstanden, dass wir weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständigen. Dagegen soll Italien durch die deutsche und durch unsere Regierung schon jetzt von der Absicht in Kenntnis gesetzt werden, den Anschluss Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen.›

Bezüglich dieser Verhandlungen meinten Reichskanzler sowie Unterstaatssekretär, es wäre vorteilhafter, vorderhand nur mit Bulgarien zu verhandeln und abzuschliessen und es der Zukunft zu überlassen, ob sich dann Türkei und eventuell auch Griechenland mit Bulgarien verbinden. Reichskanzler bemerkte hiebei, dass angesichts der grossen Interessen Deutschlands in der Türkei der Anschluss von diesem Lande besonders erwünscht wäre.

Bezüglich der oberwähnten Demarche des deutschen Vertreters bei König Karl würde Herr von Bethmann Hollweg für nützlich finden, wenn Graf Czernin einige Tage nach derselben und nach Eintreffen der diesbezüglichen Antwort des Königs in Berlin in ähnlichem Sinne mit Höchstdemselben sprechen würde.

Am Schlusse der Unterredung erkundigte sich der Kanzler nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Albanien und warnte eindringlichst vor irgendwelchen Plänen, durch welche unser Verhältnis zu Italien und der Bestand des Dreibundes gefährdet werden könnte.

Herr von Tschirschky wird streng geheim von unserer Unterredung in Kenntnis gesetzt.

[handschriftlicher Vermerk am Rand: Telegramm des k.u.k. Botschafters in Berlin vom 6. Juli 1914]

Hier nach: Telegramm des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Ladislaus von Szögyény-Marich, an Außenminister Leopold Graf Berchtold, 6. Juli 1914, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, PA I, 1091/2.

Faksimile

Die 6 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Telegramm des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Ladislaus von Szögyény-Marich, an Außenminister Leopold Graf Berchtold, 6. Juli 1914, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, PA I, 1091/2.

© Faksimile: Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0098_bla.pdf

Datum: 21. September 2011 um 07:30:33 Uhr CEST.

© BSB München
